Niederschrift Nr. 39

über die **öffentliche** Sitzung
des Haupt- und Finanzausschusses
des Amtes Kirchspielslandgemeinden Eider
am Montag, 13. August 2012, im Amtsgebäude Hennstedt

Beginn: 19:00 Uhr

Ende: 21:30 Uhr

Anwesend:

Herr Dr. Johannes Geiger als Vorsitzender
und die Mitglieder:
Herr Gerald Grimmer
Herr Helmut Meyer
Herr Dieter Grimm
Herrn Willi Köster
Herr Hans-Werner Urbrock als Stellvertreter für Herrn Jan Hinrich Seebrandt

Entschuldigt fehlen:

Herr Volker Lorenzen
Frau Renate Walter
Herr Hans-Peter Witt
Herr Jan Hinrich Seebrandt

Als Gäste anwesend:

Neun Einwohner/-innen
von der Eiderlandschule: Herr Sander, Herr Stahlschmidt, Frau Maue
von der GGS Tellingstedt: Herr Carstens
Mitglieder des Amtsausschusses: Herr A. Schallhorn, Herr J. Patt, Herr H. P. Maaß

Von der Presse:

Herr R. Thiessen

Von der Verwaltung:

Stv. LVB Petra Tautorat
Herr Jens Kracht als Protokollführer

Die Beschlussfähigkeit der Versammlung wird festgestellt. Die Einladung ist frist – und formgerecht erfolgt. Einwände werden nicht erhoben.

Vor Eintritt in die Tagesordnung beantragt der Vorsitzende die Erweiterung um den Tagesordnungspunkt 7.2 „Herrichtung der Zaunanlage an der Schule Süd in Lunden“. Aus TOP 7 wird TOP 7.1.

Weiterhin beantragt er, dass die Öffentlichkeit zu den Tagesordnungspunkten 11 „Personalangelegenheiten“ und 12 „Grundstücksangelegenheiten“ ausgeschlossen wird, da berechnete Interessen Einzelner dieses erfordern. Er fragt, ob zu seinem Antrag eine Aussprache gewünscht wird. Eine Aussprache wird nicht gewünscht und dem Antrag auf Ausschluss der Öffentlichkeit zu den TOP 11 und 12 wird von den Mitgliedern des Haupt- und Finanzausschusses einstimmig zugestimmt.

Tagesordnung:

1. Genehmigung der Niederschrift Nr. 38 der Sitzung vom 07.05.2012
2. Mitteilungen des Ausschussvorsitzenden
3. Rückübertragung der Aufgaben nach § 2 des Brandschutzgesetzes auf die antragstellenden Gemeinden der ehemaligen Ämter Hennstedt und Tellingstedt
4. Beratung und Beschlussfassung über den Erlass einer neuen Geschäftsordnung für das Amt KLG Eider
5. Beratung und Beschlussfassung über den Erlass einer neuen Hauptsatzung für das Amt KLG Eider
6. Wahl des Gemeindevorstandes und die Mitglieder des Gemeindevorstandes für die Gemeinde- und Kreiswahl am 26.05.2013
7. Schulangelegenheiten
 - 7.1. Beratung und Beschlussfassung über die Anmietung von Klassenraumcontainer für den Schulstandort Hennstedt
 - 7.2. Herrichtung der Zaunanlage an der Schule Süd in Lunden
8. Beratung und Beschlussfassung über die Finanzierung der Eider-Treene-Sorge GmbH ab 01.01.2013
9. Anpassung der Vermögenseigenschadenversicherung des Amtes KLG Eider (inklusive Gemeinden)
10. Eingaben und Anfragen

Nicht öffentlich:

11. Personalangelegenheiten
12. Grundstücksangelegenheiten

TOP 1. Genehmigung der Niederschrift Nr. 38 der Sitzung vom 07.05.2012

Beschluss:

Die Niederschrift Nr. 38 über die Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 07.05.2012 wird genehmigt.

Stimmenverhältnis:

Einstimmig bei einer Enthaltung.

TOP 2. Mitteilungen des Ausschussvorsitzenden

Der Vorsitzende teilt Folgendes mit:

- Bei der Gewinnausschüttung der Sparkasse Hennstedt-Wesselburen wurden dem Amt ca. 30.000,00 Euro für öffentliche gemeinnützige Zwecke zur Verfügung gestellt.

Frau Tautorat teilt seitens der Verwaltung mit:

- Überprüfung der Schülerlisten, die durch die Dithmarscher Musikschule (DMS) zur Verfügung gestellt wurden. Bis auf eine Kleinigkeit war alles korrekt. Dies wurde der DMS auch schon mitgeteilt. Die Listen können bei Bedarf in der Verwaltung eingesehen werden.
- Die Gemeinden werden zurzeit von der Deutschen Telekom darüber informiert, dass in den Gemeinden einzelne unrentable Münzfernsprecher abgebaut werden. Die Gemeinden müssen diesem Vorhaben nicht zustimmen.

- Außerdem berichtet Frau Tautorat von einem Termin mit der Kommunalabteilung des Innenministeriums. Hier ging es in erster Linie um die Aufgabenübertragung der Gemeinden auf das Amt gemäß § 5 der Amtsordnung (AO).

TOP 3. Rückübertragung der Aufgaben nach § 2 des Brandschutzgesetzes auf die antragstellenden Gemeinden der ehemaligen Ämter Hennstedt und Tellingstedt

Die Aufgabe des Brandschutzes und des Feuerwehrwesens war in den Gemeinden der ehemaligen Ämter Tellingstedt und Hennstedt auf das Amt übertragen. Auch nach der Fusion wurde die Aufgabe für diese Gemeinden vom Amt als Träger des Feuerwehrwesens wahrgenommen. Lediglich die Gemeinden des ehemaligen Amtes Lunden hatten diese Aufgabe nie auf das Amt übertragen.

Hintergrund für die Aufgabenübertragung war seinerzeit das Solidarprinzip. Die Kosten des Feuerwehrwesens wurden nach Finanzkraft aufgeteilt und über eine Feuerwehrumlage abgerechnet. Das Amt KLG Eider ist derzeit Träger von 16 Freiwilligen Feuerwehren, insgesamt sind 26 Gemeinden in dem Feuerwehrverbund der Altämter Hennstedt / Tellingstedt involviert.

Nunmehr liegen Anträge von verschiedenen Gemeinden (siehe Liste) vor, die beinhalten, dass die Aufgabe „Feuerwehrwesen“ wieder auf die Gemeinden zurückübertragen werden soll. Grundlage für die Rückübertragung ist § 5 Abs. 2 der Amtsordnung. Danach können Gemeinden eine Rückübertragung verlangen, wenn sich die Verhältnisse, die der Übertragung zugrunde lagen, so wesentlich geändert haben, dass den Gemeinden ein Festhalten an der Übertragung nicht weiter zugemutet werden kann.

Die Gemeinden haben festgestellt, dass in den letzten 4 Jahren nach der Fusion die Kosten für das Feuerwehrwesen enorm gestiegen sind. Grund dafür ist u.a. das unterschiedliche Ausstattungsniveau der Wehren, welches zu gestiegenen Wünschen beigetragen hat. Die politischen Gremien des Amtes sehen sich nur schwer in der Lage, die Notwendigkeit der gewünschten Anschaffung bezogen auf die einzelne Wehr einerseits und der Gesamtausgabesituation für die beteiligten Gemeinden andererseits zu überblicken.

Durch die Rückübertragung erhoffen sich die Gemeinden, dass wieder eine engere Beziehung zu der örtlichen Wehr hergestellt werden kann und dass durch eine engere Zusammenarbeit auch eine Kostenersparnis erzielt werden kann.

Die Verwaltung wurde aufgefordert, eine Vermögensauseinandersetzung für alle in den letzten 25 Jahren angeschafften Fahrzeugen und für Investitionen an den Gerätehäusern seit Fusionszeitpunkt aufzustellen. Dies ist erfolgt und an alle betroffenen Gemeinden verschickt worden mit dem Auftrag, die Angelegenheit mit der örtlichen Wehr und in der Gemeindevertretung zu beraten und eine Beschlussfassung zu treffen.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Amtsausschuss des Amtes KLG Eider die Rückübertragung der Aufgaben nach § 2 Brandschutzgesetz vom Amt KLG Eider auf Antrag der folgenden Gemeinden:

Gemeinde Kleve (FF Kleve)
 Gemeinden Welmbüttel, Schrum und Gaushorn
 (FF Welmbüttel-Gaushorn-Schrum)
 Gemeinde Schlichting (FF Schlichting)

rückwirkend zum 01.01.2012 zu beschließen. Für die vermögensrechtliche Auseinandersetzung wird die Aufstellung des Amtes KLG Eider zugrunde gelegt. Die Verwaltung wird beauftragt, die haushaltsmäßige Umstellung vorzunehmen. Ebenso wird die Verwaltung beauftragt, die notwendigen grundbuchlichen Änderungen in die Wege zu leiten.

Stimmenverhältnis:

Einstimmig.

TOP 4. Beratung und Beschlussfassung über den Erlass einer neuen Geschäftsordnung für das Amt KLG Eider

Aufgrund des Inkrafttretens der Änderungen zur Kommunalverfassung für Schleswig-Holstein am 13. April 2012 sind einige Passagen der aktuellen Geschäftsordnung (insbesondere die Regelungen zur Öffentlichkeit von Sitzungen) nicht mehr rechtlich zugelassen. Diese sind der gesetzlichen Norm zeitnah anzupassen. Dieses ist in der vorliegenden Fassung der Geschäftsordnung geschehen. Außerdem wurden einige Regelungen neu aufgenommen und andere wurden im Text konkretisiert.

Erläuterungen zur Neufassung der Geschäftsordnung des Amtes KLG Eider

§ 1	keine Änderung
§ 2	keine Änderung
§ 3	Änderung des Satzes 3 in Abs. 2 Anpassung an die Änderung der Kommunalverfassung (Öffentlichkeit von Sitzungen) Neufassung des Absatzes 5
§ 4	keine Änderung
§ 5	Neufassung des § 5 Anpassung an die Änderung der Kommunalverfassung (Öffentlichkeit von Sitzungen)
§ 6	Neuaufnahme der Regelung zur „Einwohnerfragestunde“
§ 7	keine Änderung aus dem bisherigen § 6 wurde § 7
§ 8	keine Änderung aus dem bisherigen § 7 wurde § 8
§ 9	Neuaufnahme der Regelung zu den Anfragen der Amtsausschussmitglieder
§ 10	keine Änderung aus dem bisherigen § 8 wird § 10
§ 11	Neufassung des § 11 (Einwohnerfragestunde, Klarstellung weiterer Punkte, Bekanntgabe in nicht öffentlicher Sitzung gefasster Beschlüsse) aus dem bisherigen § 9 wird § 11
§ 12	Neuaufnahme des Absatzes 5 (Festlegung einer Uhrzeit für das Ende der Beratungen im Gremium) aus dem bisherigen § 10 wird § 12
§ 13	keine Änderung aus dem bisherigen § 11 wird § 13
§ 14	keine Änderung

	aus dem bisherigen § 12 wird § 14
§ 15	keine Änderung aus dem bisherigen § 13 wird § 15
§ 16	keine Änderung aus dem bisherigen § 14 wird § 16
§ 17	keine Änderung aus dem bisherigen § 15 wird § 17
§ 18	Neufassung des Absatzes 1 (Protokollführung durch einen Mitarbeiter des Amtes) aus dem bisherigen § 16 wird § 18
§ 19	Neufassung des Absatzes 4 Hinweis auf den Internetauftritt und auf das Ratsinformationssystem aus dem bisherigen § 17 wird § 19
§ 20	Neufassung des Absatzes 2 Regelungen zur Bekanntmachung und zur Information über die Sitzungen Neuaufnahme des Absatzes 3 Ausschluss der Einwohnerfragestunde bei Sitzungen der Ausschüsse aus dem bisherigen § 18 wird § 20
§ 21	Neufassung des Absatzes 4 Neuregelung zur Veröffentlichung der Angaben durch den Amtsvorsteher aus dem bisherigen § 19 wird § 21
§ 22	Neuaufnahme des § 22 Grundsätzliches zum Datenschutz
§ 23	Neuaufnahme des § 23 Regelung zur Datenverarbeitung und zur Datenvernichtung
§ 24	keine Änderung aus dem bisherigen § 20 wird § 24
§ 25	Anpassung des § um die Auslegung auf für Ausschüsse aus dem bisherigen § 21 wird § 25
§ 26	Anpassung der Geltungsdauer an die neue GeschO aus dem bisherigen § 22 wird § 26

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Amtsausschuss die Geschäftsordnung für den Amtsausschuss des Amtes KLG Eider in der vorliegenden Form zu beschließen.

Stimmenverhältnis:

Einstimmig.

TOP 5. Beratung und Beschlussfassung über den Erlass einer neuen Hauptsatzung für das Amt KLG Eider

Aufgrund des Inkrafttretens der Änderungen zur Kommunalverfassung für Schleswig-Holstein am 13. April 2012 sind einige Passagen der aktuellen Hauptsatzung (insbesondere die Regelungen zur Öffentlichkeit von Sitzungen) nicht mehr rechtlich zugelassen. Diese sind der gesetzlichen Norm zeitnah anzupassen. Dieses ist in der vorliegenden Fassung der Hauptsatzung geschehen. Außerdem wurden einige Regelungen neu aufgenommen und andere wurden im Text konkretisiert.

Erläuterungen zur Neufassung der Hauptsatzung des Amtes KLG Eider

§ 1	Übernahme der Regelung aus der III. Nachtragssatzung
§ 2	Redaktionelle Änderung → alt = „alle 3 Monate“ → neu = „einmal im Vierteljahr“ → außerdem ist der Amtsausschuss einzuberufen, sofern es die Geschäftslage erfordert
§ 3	Zusammenfassung der Aufgaben des Amtsvorstehers mit weiteren Entscheidungsbefugnissen (auch aus dem § 10 der bisherigen Hauptsatzung)
§ 4	Zusammenführung der Aufgaben des LVB (auch aus dem § 10 der bisherigen Hauptsatzung)
§ 5	Herabsetzung der Besoldungs- bzw. der Entgeltgruppe bei Einstellungen der Dienstkräfte (Entscheidungsnotwendigkeit des Amtsausschusses) Einfügung des Absatz 3
§ 6	keine Änderung <u>Hinweis:</u> Umsetzung der gesetzlichen Vorgaben des § 22 a AO Ämter über 15.000 Einw. = hauptamtliche GSB → praktische Umsetzung unerlässlich!!!!
§ 7	keine Änderung
§ 8	Übernahme der Regelung aus der I., II. und III. Nachtragssatzung → Konkretisierung der Entscheidungsbefugnisse <u>zusätzlich:</u> a.) Streichung des Kindergartenausschusses beim Amt <u>Voraussetzung:</u> Rückübertragungsverlangen der Gemeinden Barkenholm, Norderheistedt und Süderheistedt gem. § 5 Abs. 4 AO. Die Aufgabenübertragung erfolgte in den Jahren 1978 und 1979. Das Amt darf der Rückübertragung erst zustimmen, wenn das Verlangen durch die Gemeinden gestellt wurde. (Hier besteht Regelungsbedarf). b.) Streichung des Abs. 2 (Regelung zum Ausschluss der Öffentlichkeit = allg. Regelung nicht mehr vorgesehen) c.) aus Abs. 3 wird Abs. 2
§ 9	keine Änderung
§ 10 (alt)	Streichung, da Zusammenführung mit §§ 3 und 4 der HS
§ 10 (neu)	keine Änderung; aus dem bisherigen § 11 wird § 10
§ 11	Anpassung der Regelung analog der Gemeinden. Bisher war beim Amt nur eine Veröffentlichung im Internet mit entsprechendem Hinweis im Informationsblatt des Amtes vorgesehen. Nun einmaliger Abdruck des Satzungstextes im Informationsblatt des

	Amtes sowie durch Einstellung auf der Internetseite des Amtes. Da einige Rechtsetzungsakte nicht nur im Internet veröffentlicht werden dürfen (siehe hierzu Regelungen im BauGB) muss eine Mischform beibehalten werden. aus dem bisherigen § 12 wird § 11
§ 12	aktuell an die neue Hauptsatzung angepasst aus dem bisherigen § 13 wird § 12

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Amtsausschuss die Hauptsatzung für das Amt KLG Eider in der vorliegenden Form zu beschließen.

Gleichzeitig ist durch die Verwaltung in Absprache mit dem Schul- und dem Bauausschuss ein klar abgegrenzter Aufgabenkatalog für die beiden Ausschüsse aufzustellen.

Stimmenverhältnis:

Einstimmig.

TOP 6. Wahl des Gemeindevahlleiters und die Mitglieder des Gemeindevwahlausschusses für die Gemeinde- und Kreiswahl am 26.05.2013

Nach dem Gemeinde- und Kreiswahlgesetz (GKWG) nimmt der Amtsvorsteher die Aufgaben des Gemeindevahlleiters in Bezug auf die Führung der Wählerverzeichnisse wahr. Die amtsangehörigen Gemeinden können sämtliche Aufgaben auf das Amt übertragen. Diese Übertragungen der 34 Gemeinden haben in den Jahren 2007 und 2008 stattgefunden und haben auch noch Bestandskraft.

Somit hat gemäß § 13 Abs. 2 GKWG der Amtsausschuss einen Gemeindevahlleiter und einen Gemeindevwahlausschuss zu wählen, die die Aufgaben für die amtsangehörigen Gemeinden übernehmen.

Laut GKWG ist der Amtsvorsteher Gemeindevahlleiter. Da aber der Amtsvorsteher des Amtes KLG Eider als Bürgermeister seiner Gemeinde wieder zur Wahl antritt und damit verhindert ist, ist in diesem Fall vom Amtsausschuss eine andere Person zum Wahlleiter zu wählen.

Gemäß § 13 Abs. 2 GKWG besteht der Gemeindevwahlausschuss aus mindestens 6 Beisitzerinnen und Beisitzern und dem gewählten Wahlleiter. Die Mindestbesetzung beträgt somit 7 Personen.

In diesen Ausschuss können nur gewählt werden, wer nicht:

- Wahlbewerber
- Vertrauensperson für Wahlvorschläge
- Mitglied eines anderen Wahlorganes (z. B. im Wahlvorstand einer Gemeinde oder im Kreiswahlausschuss) ist.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Amtsausschuss wie folgt zu beschließen:
Zum Gemeindevahlleiter wird der Leiter des Geschäftsbereiches Zentrale Dienste und Organisation, Herr Jens Kracht, gewählt.

In den Gemeindevwahlausschuss für die Gemeinde- und Kreiswahl am 26. Mai 2013 werden folgende Personen gewählt:

1. Beisitzer zgl. stv. Gemeindevwahlleiter:	Fred Johannsen, Lehe
2. Beisitzerin / Schriftführerin:	Christa Korinth, Tellingstedt
3. Beisitzer:	Dr. Hans Karl Wrede, Hennstedt
4. Beisitzerin:	Regine Retzlaff, Delve
5. Beisitzer:	Günther Blohm, Tellingstedt
6. Beisitzerin:	Magda Noll, Pahlen
7. Beisitzer:	Klaus Kuberg, Lunden
8. Beisitzerin:	Ute Rolfs, Hemme

Beim Ausscheiden einer / eines gewählten Beisitzerin / Beisitzers rückt dieser Ersatzbeisitzer in der Reihenfolge, wie sie nachfolgend aufgeführt sind, nach:

1. Ersatzbeisitzer:	Dieter Rehbehn, Süderheistedt
2. Ersatzbeisitzerin:	Ina Rohde, Süderdorf
3. Ersatzbeisitzerin:	Sieglinde Peters, St. Annen

Stimmenverhältnis:

Einstimmig.

TOP 7.1. Beratung und Beschlussfassung über die Anmietung von Klassenraumcontainer für den Schulstandort Hennstedt

Das Grundschulgebäude in Hennstedt ist seit dem Schuljahresbeginn 2011/12 aufgrund von brandschutztechnischen Vorgaben nur eingeschränkt nutzbar. Eine entsprechende Verlagerung von Klassen in das Hauptgebäude wurde vorgenommen. Da seitdem auch Differenzierungsräume, Schülerbüchereien und Lernbüros für die Unterbringung von Schulklassen in Anspruch genommen wurden, ist es der Schulleitung nicht möglich, das schulseitig erarbeitete Lernkonzept umzusetzen.

Des Weiteren ist auch das unter Mitwirkung der Fachhochschule Westküste erarbeitete Schulkonzept noch nicht endgültig beraten, und notwendige Maßnahmen und Umsetzungszeiträume sind noch nicht definiert worden.

Die Eiderlandschule hat daher am 13.06.2012 schriftlich beantragt, drei mobile Klassenräume zum Schuljahresbeginn 2012/13 bereitzustellen, um die Raumnot etwas zu entschärfen.

Mit der Schulleitung der Eiderlandschule und der kommissarischen Schulleitung der Förderschule hat daraufhin am letzten Schultag, 15.06.2012, ein Gespräch über den Antrag stattgefunden. Seitens der Schule wurde nochmals die Raumsituation verdeutlicht. Eine zusätzliche Bereitstellung von Räumen seitens der Förderschule ist nicht möglich. Eine örtliche Inaugenscheinnahme durch Amtsvorsteher und LVB hat stattgefunden.

Von der Schulleitung der Eiderlandschule wurde der Wunsch geäußert, dass dem Antrag grundsätzlich entsprochen werden sollte, wenn möglich, eine Umsetzung nach den Herbstferien.

Zwischenzeitlich wurden in den Schulferien Angebote eingeholt. Eine Übersicht ist beigelegt.

Ebenfalls wurde den Mitgliedern des Amtsausschusses das Teilergebnis des Schulkonzeptes für die Eiderlandschule am 16.07.2012 vorgestellt.

Mit Frau Kreye (Brandschutz) und Frau Dietrich (Bauaufsicht) des Kreises Dithmarschen wurde am 18.07.2012 die bauliche Situation des Grundschulgebäudes in Hennstedt erörtert. Im Ergebnis konnte festgehalten werden, dass seitens des Bauamtes des Kreises Dithmarschen einer Nutzung der beiden zurzeit leer stehenden größeren Räume im Erdgeschoss grundsätzlich nichts entgegensteht. Ein Antrag auf Änderung des bestehenden Brandschutzkonzeptes ist zu beantragen. Die beiden Klassenräume müssten baulich so verändert werden, dass aus jedem Klassenraum ein zweiter Fluchtweg geschaffen wird. Möglicherweise können zwei Fenster durch Türen ersetzt werden. Zusätzlich ist eine höhenmäßige Angleichung des Außengeländes durch Rampen herzurichten. Außerdem ist die Brandalarmierung auch für diese beiden Räume sicherzustellen.

Nach überschlägigen Schätzungen könnten diese Maßnahmen ggf. für ca. 15.000 € realisiert werden.

Es ist daher darüber zu befinden, ob das Grundschulgebäude wie eben dargestellt baulich verändert werden soll. Seitens der Verwaltung wird diese Vorgehensweise befürwortet, weil eine endgültige Lösung für den Grundschulbereich aller Wahrscheinlichkeit nach erst mit Beginn des Schuljahres 2014/15 realisiert werden wird.

In Abhängigkeit von dieser Entscheidung ist dann über die Anzahl möglicher Klassenraumcontainer zu befinden. Hierbei ist zu beachten, dass die Angebote lediglich Klassenraumcontainer inklusive Tafeln, aber ohne sanitäre Einrichtungen und ohne Schulmobiliar beinhalten.

Seitens des Schulträgers muss nach Vorgaben der Anbieter noch eine „Gebäudeversicherung“ abgeschlossen und der Standort muss eben und tragfähig hergerichtet werden. Des Weiteren ist auch eine Zufahrt bis an den Standort mit Schwerlastverkehr (Kran) zu ermöglichen. (Hierbei ist auch die Bautätigkeit für die Kindertagesstätte Hennstedt mit zu berücksichtigen.)

Hinsichtlich der beigefügten Angebotsübersicht ist zu erwähnen, dass von den insgesamt 6 aufgeforderten Anbietern 5 Firmen Angebote abgegeben haben, da sie eine Lieferung im Oktober zusagen konnten. Der 6. Anbieter konnte dieses nicht gewährleisten. Ebenfalls ist bei den Angeboten die unterschiedliche Größe der Klassenräume (dadurch auch die unterschiedlichen Angebotspreise) zu bedenken. Bei allen Anbietern wird ein Klassenraum aus vier Containern zusammengesetzt. Sollten mehr als ein Klassenraum in Containerform angemietet werden, ist darüber hinaus zu befinden, ob der zweite bzw. fortfolgende Klassenraum ebenerdig oder auf den ersten Klassenraum aufgesetzt werden soll. In der ersten Variante fallen dann zusätzliche Kosten für die Herrichtung der Standfläche an, in der zweiten Variante zusätzliche Kosten für eine Treppenanlage.

Abgefragt wurde eine Mietzeit von 12 Monaten. Bei längerer Mietzeit wird sich in der Regel der Mietpreis reduzieren.

Neben den reinen Mietkosten fallen weitere Kosten für ggf. Krangestellung, Versicherungen und vor allen Dingen Strom an, da die Container elektrisch beheizt werden.

Kosten für 1. Klasse						
	OptiRent 60 m²	ungrund ~ 54 m²	Fagsi 75 m²	Siko ~ 65 m²	Streif	heintel
Containeranlage für ca.25 Kinder	6.864,00 €	6.756,00 €	11.100,00 €	7.200,00 €	5940,00 €	kein Angebot möglich
Tafeln	852,00 €	auf Anfrage	auf Anfrage	auf Anfrage	845,00 €	

Anlieferung	1.676,00 €	2.000,00 €	3.470,00 €	1.125,00 €	incl.	Lieferzeit
Montage	490,00 €		1.125,00 €	1.800,00 €	4.330,00 €	6-8 Monate
Kran	240,00 €	bauseits	375,00 €	bauseits	bauseits	
Abholung	1.676,00 €	2.000,00 €	1.230,00 €	1.125,00 €	incl.	
Demontage	490,00 €		750,00 €	850,00 €	3.900,00 €	
Kran	240,00 €	bauseits	375,00 €	bauseits	bauseits	
Endreinigung	196,00 €	bauseits	60,00 €	330,00 €	bauseits	
	12.724,00 €	10.756,00 €	18.485,00 €	12.430,00 €	15.015,00 €	
19 % MWSt.	2.417,56 €	2.043,64 €	3.512,15 €	2.361,70 €	2.852,85 €	
	15.141,56 €	12.799,64 €	21.997,15 €	14.791,70 €	17.867,85 €	

Für 3 Klassencontainer 42.203,35 €

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Amtsausschuss

- a) Kurzfristig bauliche Veränderungen am Grundschulgebäude in Hennstedt dahingehend durchzuführen, dass die zwei auf der Südseite gelegenen Räume im Erdgeschoss für Schulzwecke nutzbar gemacht werden.
- b) Von dem wirtschaftlichsten Bieter zwei Klassenraumcontainer unmittelbar nach den Herbstferien für die Dauer bis zum Ende des Schuljahres 2013/14 anzumieten (2 Jahre)
Die entsprechenden Haushaltsmittel sind außerplanmäßig bereitzustellen.
- c) Der Standort für die Klassenraumcontainer ist in Abstimmung mit der Schule und den Mitgliedern des Bauausschusses in den Herbstferien festzulegen und im notwendigen Umfang herzurichten.

Stimmenverhältnis:

5 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme.

TOP 7.2. Herrichtung der Zaunanlage an der Schule Süd in Lunden

Die Zaunanlage an der Schule Süd in Lunden ist abgängig und muss erneuert werden. Hier liegt ein Angebot über 5.500,00 Euro brutto vor. Die Gemeinde Lunden hat sich bereit erklärt, die Hälfte der Kosten für die Zaunerneuerung zu übernehmen.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt, die Zaunanlage an der Schule Süd in Lunden wie angeboten herzurichten. Die entstehenden Kosten werden jeweils zur Hälfte vom Amt als Schulträger und von der Gemeinde Lunden getragen.

Stimmenverhältnis:

Einstimmig.

TOP 8. Beratung und Beschlussfassung über die Finanzierung der Eider-Treene-Sorge GmbH ab 01.01.2013

Stv. LVB Petra Tautorat berichtet von einem Gespräch diesbezüglich und gibt eine ausführliche Sachverhaltsdarstellung. Es geht um die zukünftige Finanzierung der Eider-Treene-Sorge GmbH ab dem Jahr 2013. Dies ist notwendig, da aufgrund der Verwaltungsstrukturreform aus dem Jahr 2008 sich einige Änderungen ergeben haben. Zukünftig erhält jedes der acht angeschlossenen Ämter einen Gesellschafteranteil. Das Amt Eider hatte bisher drei Gesellschafteranteile. Der Gesellschafteranteil steigt von zurzeit 2.500,00 Euro auf 3.850,00 Euro. Hinzu kommt eine eingerechnete Verlustzuweisung in Höhe von 4.125,00 Euro. Die vorhandene Rücklage soll um die Hälfte reduziert werden und verteilt auf drei Jahre mit der vorherigen Überzahlung verrechnet werden. Außerdem ergeben sich ab der Förderperiode 2014 bis 2022 noch einige weitere Änderungen. Für das Amt Eider bedeutet die zukünftige Finanzierung eine Ersparnis. Für 2013 hat das Amt einen Betrag in Höhe von 13.879,30 Euro an die ETS-GmbH zu zahlen. Aktuell fließen im Jahr 32.970,00 Euro an die GmbH. Nach der Darstellung des Sachverhaltes schließt sich eine Diskussion im Gremium an.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Amtsausschuss, der vorgestellten Finanzierung der Eider-Treene-Sorge GmbH ab dem Jahr 2013 in der vorliegenden Form zuzustimmen.

Stimmenverhältnis:

Einstimmig.

TOP 9. Anpassung der Vermögenseigenschadenversicherung des Amtes KLG Eider (inklusive Gemeinden)

Das Amt KLG Eider (inklusive Gemeinden) ist derzeit bei der GVV-Kommunalversicherung in Köln vermögenseigenschadenversichert.

Die Vermögenseigenschadenversicherung umfasst finanzielle Verluste, die dem Amt bzw. den Gemeinden durch fahrlässige oder vorsätzliche Dienstpflichtverletzungen durch einer für ihn handelnden Vertrauensperson zugefügt werden und weder Personen- noch Sachschäden sind.

Typische Beispiele für Vermögensschäden**Beispiel 1:**

Im Rahmen einer Sozialversicherungsprüfung wird beim Amt festgestellt, dass infolge einer falschen Auslegung der Kriterien zur Geringfügigkeitsbestimmung Beiträge über einen Zeitraum von vier Jahren für mehrere Beschäftigte nicht abgeführt worden sind.

Den Arbeitnehmeranteil kann die Gemeinde nicht mehr – zumindest nicht rückwirkend mehr als 6 Monate – von den Beschäftigten verlangen. Es entsteht eine Überzahlung von 15.000 €.

Beispiel 2:

Eine Gemeinde schreibt eine größere Baumaßnahme aus. Nachdem der günstigste Bieter ermittelt worden ist, versäumt es der zuständige Sachbearbeiter, diesem vor Ablauf der Zuschlagsfrist den Auftrag formell zu erteilen. Es muss eine Neuausschreibung durchgeführt werden, in der das billigste Angebot um ca. 50.000 € teurer ist als in der ersten Ausschreibung.

Beispiel 3:

Das Amt bestellt neue Hardware bei einer Firma A im Wert von ca. 40.000 €. Die Ware wird ordnungsgemäß geliefert. Durch einen Übertragungsfehler des Sachbearbeiters wird der Betrag auf das Konto einer namensähnlichen Firma überwiesen. Als Firma A nach drei Wochen nach dem Verbleib der Zahlung fragt, stellt sich der Fehler heraus. Eine Rückforderung gegen die ungerechtfertigt bereicherte Firma bleibt wegen deren Zahlungsunfähigkeit erfolglos.

Beispiel 4

Eine Gemeinde lässt in einem Neubaugebiet eine Baustraße herstellen. Die Kosten hierfür betragen 120.000 €. Der Endausbau der Straße erfolgt zwei Jahre später. Bei der Zusammenstellung der umlagefähigen Kosten vergisst man, auch die Baustraße in den beitragsfähigen Aufwand einzubeziehen. Eine Nachveranlagung ist wegen zwischenzeitlich eingetretener Verjährung nicht mehr möglich – Einnahmeausfall für die Gemeinde = 120.000 €.

Derzeit besteht folgender Vertrag bei der **GVV**:

Deckungssumme	Selbstbehalt	Deckungszeitraum	Laufzeit	Kosten/Jahr inklusive Mwst.
50.000 € pro Schadenfall	10 % des ermittelten Schadens, höchstens 1.000 €	6 Jahre rückwirkend	1 Jahr	6.608,07 €

Folgende Alternativen sind bei der **GVV** möglich:

Deckungssumme	Selbstbehalt	Deckungszeitraum	Vertragslaufzeit	Kosten/Jahr inklusive Mwst.
50.000 € pro Schadenfall	10 % des ermittelten Schadens, höchstens 1.000 €	4 Jahre rückwirkend	1 Jahr	5.285,98 €
			3 Jahre	4.810,24 €
			5 Jahre	4.493,08 €
		10 Jahre rückwirkend	1 Jahr	7.930,16 €
			3 Jahre	7.216,45 €
			5 Jahre	6.740,64 €
75.000 € pro Schadenfall	_____ , _____	4 Jahre rückwirkend	1 Jahr	6.304,62 €
			3 Jahre	5.737,20 €
			5 Jahre	5.358,93 €
		6 Jahre rückwirkend	1 Jahr	7.880,18 €
			3 Jahre	7.170,96 €
			5 Jahre	6.698,15 €
		10 Jahre rückwirkend	1 Jahr	9.456,93 €
			3 Jahre	8.605,81 €
			5 Jahre	8.038,39 €
100.000 € pro Schadenfall		4 Jahre rückwirkend	1 Jahr	7.294,70 €
			3 Jahre	6.6378,18

	_____„_____	6 Jahre rückwirkend	5 Jahre	6.200,50 €
			1 Jahr	9.118,97 €
			3 Jahre	8.298,26 €
		10 Jahre rückwirkend	5 Jahre	7.751,12 €
			1 Jahr	10.943,24 €
			3 Jahre	9.958,35 €
		5 Jahre	9.301,75 €	

Alternativ ist eine Vermögenseigenschadenversicherung bei der Ostdeutschen Kommunalversicherung (**OKV**) möglich.

Deckungssumme	Selbstbehalt	Deckungszeitraum	Vertragslaufzeit	Kosten/Jahr inklusive Mwst.
50.000 € pro Schadenfall; jedoch höchstens 100.000 € für alle Schadenfälle im Kalenderjahr	250 €*	4 Jahre rückwirkend	3 Jahre	2.542,95 €
		6 Jahre rückwirkend		3.814,42 €
75.000 € pro Schadenfall; jedoch höchstens 150.000 € für alle Schadenfälle im Kalenderjahr	_____„_____	4 Jahre rückwirkend	3 Jahre	3.145,88 €
		6 Jahre rückwirkend		4.720,74 €
100.000 € pro Schadenfall; jedoch höchstens 200.000 € für alle Schadenfälle im Kalenderjahr	_____„_____	4 Jahre rückwirkend	3 Jahre	3.735,11 €
		6 Jahre rückwirkend		5.602,26 €

* Alternativ ein Selbstbehalt von 0 €, 500 €, 1.000 € oder 2.000 € möglich.

Der Unterschied zwischen den beiden Versicherungen besteht im Wesentlichen in der Deckungssumme. Bei der **GKV** bildet die Versicherungssumme die Höchstgrenze der Ersatzleistung **für jeden Versicherungsfall**. Theoretisch wären bei einer Deckungssumme von 75.000 € also z. B. 10 Schäden à 75.000 € im Jahr möglich.

Bei der **OKV** bildet das Doppelte der Versicherungssumme die Höchstgrenze der Ersatzleistung **für alle Versicherungsfälle eines Kalenderjahres**. Bei einer Deckungssumme von 75.000 € wäre also z. B. nur ein Schadenfall mit einer Schadenssumme von 150.000 € pro Kalenderjahr oder mehrere Schadenfälle in einer Gesamtsumme von 150.000 € pro Kalenderjahr möglich. Die Summe steht somit für alle Schadenfälle eines Kalenderjahres zur Verfügung.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt den Abschluss einer Vermögenseigenschadenversicherung bei der Ostdeutschen Kommunalversicherung mit einer Deckungssumme von 100.000 € und einem Deckungszeitraum von 6 Jahren für 5.602,26 € im Jahr zum 01.01.2013 bei einem Selbstbehalt von 250,00 €. Die Vertragslaufzeit beträgt 3 Jahre.

Die Kündigungsfrist bei der GVV beträgt 3 Monate zum Ablauf des Kalenderjahres.

Stimmenverhältnis:

Einstimmig.

TOP 10. Eingaben und Anfragen

Ausschussmitglied Helmut Meyer nimmt Bezug auf den in der DLZ abgedruckten Artikel zu dem Reitwegenetz. Er gibt entsprechende Erläuterungen zu diesem Thema. Um hier weiter voranzukommen, wird die Verwaltung gebeten, die entsprechenden Akten herauszusuchen und ihm zur Verfügung zu stellen.

Ausschussmitglied Willi Köster fragt die anwesenden Mitglieder, ob sie schon von der Ostdeutschen Kommunalversicherung angeschrieben wurden und entsprechende Angebote zum Abschluss einer Versicherung erhalten hätten. Dieses wurde einstimmig verneint.

Außerdem spricht er das Thema Bürgerwindpark Wrohm/Osterrade an und möchte wissen, warum sich hier nicht die Bürger des Amtes beteiligen können. Ausschussmitglied Gerald Grimmer gibt entsprechende Erläuterungen zu diesem Thema.

gez. Dr. Geiger

gez. Jens Kracht

(Dr. Geiger)	(Kracht)
Vorsitzender	Protokollführer